

**Papier der wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen
im Bund und den Ländern
Beschlissen auf der Tagung am 17./18.09.2023 in Niedersachsen**

Anpacken für Wohlstand und Wachstum!

Jede Epoche hat ihre eigene Biographie. Und gegenwärtig erleben wir eine außergewöhnlich herausfordernde Zeit. In dramatischer Weise erleben wir politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen. Dies hat auch Verwerfungen zur Folge: Produktionsverlagerungen ins Ausland, Abwanderung von Investitionskapital, Rezession, Wohlstandsverluste – diesen Entwicklungen müssen wir uns umgehend entgegenstemmen. Deutschland braucht klare Signale für mehr Wachstum und für die Bekämpfung der Inflation. Voraussetzung sind verlässliche Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung und mehr Leistungsbereitschaft.

Der Mittelstand hat Abstiegsängste und eine Deindustrialisierung unseres Landes müssen wir verhindern. Die Politik der Bundesregierung lässt wenig Optimismus zu. Statt einer anspruchsvollen Wirtschaftspolitik, die Mut macht, stehen ideologische Lieblingsthemen der Ampelparteien im Fokus. In der Wirtschaftspolitik werden falsche oder planwirtschaftliche Instrumente wie die geplante Gasumlage oder Ge- und Verbote durchzusetzen versucht.

Als Wirtschaftspolitiker der Union haben wir einen klaren Kompass: die soziale und ökologische Marktwirtschaft. Es geht um eine Politik des Ermöglichens. Deutschlands findigen und fleißigen Facharbeiterinnen und Facharbeiter sowie seine Unternehmerinnen und Unternehmer haben gute Ideen für zukunftsfähige Lösungen. Deren Kraft braucht Deutschland. Diese Kraft müssen wir wieder freisetzen.

Wir setzen ganz entschieden auf Zukunfts—Themen und Technologien wie: Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Wasserstoff, Quantensensorik und Photonic, CCS/CCU, synthetische Kraftstoffe. Wir setzen auf Technologieoffenheit und Marktwirtschaft. Wir unterstützen den Mittelstand im Wandel und setzen auf die Stärkung des Handwerks, denn unser Land braucht Master und Meister. Wir stehen für eine vitale Gründerkultur, denn wir brauchen die Kreativität von Start-Ups. Als Union setzen wir den einseitig-ideologischen Vorschlägen der Bundesregierung, die die soziale Dimension einer erfolgreichen und machbaren Klimapolitik nicht erkennt, konstruktive und fundierte Vorschläge entgegen. In Zeiten akuten Arbeits- und Fachkräftemangels brauchen wir zudem eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die aktiviert und motiviert, fordert und fördert. Ohne dass alle mitmachen und mit anpacken, die das können, wird es nicht gehen.

I. Klimaneutral werden, aber Industrieland bleiben.

Wir brauchen die Rahmenbedingungen für eine klimaneutrale Produktion. Diese müssen schnellstmöglich geschaffen werden. Das ist eine Überlebensfrage für unser Land und unsere Industrie. Denn unsere Unternehmen wollen und müssen bei uns im Land klimaneutral produzieren können – wenn dies hier nicht möglich ist, werden sie abwandern. Es muss der klare Wille dieses Landes erkennbar sein, hierfür in den kommenden fünf bis 15 Jahren die entsprechenden Voraussetzungen einschließlich einer funktionierenden Infrastruktur zu schaffen. Danach richten die Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen aus.

Dazu gehört auch eine verlässliche Versorgung mit klimaneutral produziertem Wasserstoff, der Ausbau des Güterverkehrs auf der Schiene und andere Möglichkeiten des klimaneutralen Transports, wie Pipelines. Besser ausgebaute Stromtrassen sowie die Erlaubnis für die CO₂-Abscheidung und den Transport des Gases dorthin, wo es einer Nutzung zugeführt werden kann oder unschädlich unter der Erde gelagert werden kann, z.B. in Lagerstätten unter der Nordsee. Diese sogenannte Carbon Capture and Storage - kurz CCS - Technologie ist in Deutschland bislang noch verboten. Ohne CCS werden wir unsere Klimaziele nicht erreichen. Warum legen wir nicht sofort los, um das Klima zu schützen? Das Zögern und Zaudern der deutschen Grünen in dieser Frage ist grob fahrlässig.

➤ **Klimaneutrale Produktion durch Wasserstoff**

Die Herstellung und Nutzung von grünem Wasserstoff ist entscheidend, um in bestimmten energieintensiven Branchen eine klimaneutrale Produktion zu ermöglichen. Da die Herstellung von Wasserstoff größere Mengen an erneuerbarer Energie benötigt, werden wir neben der Eigenproduktion, Wasserstoff und seine Derivate im großflächigem Maßstab importieren müssen. Wenn wir das nicht schaffen, wandert die Industrie ab. Für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft müssen wir dabei farben- und technologieoffen vorgehen. Langfristig ist grüner Wasserstoff das Ziel. Als Übergangslösung sollten wir weitere Möglichkeiten wie etwa blauen Wasserstoff gerade nicht ausschließen.

Wir brauchen Wasserstoff für viele Bereiche und Anwendungen. Und weil wir noch nicht wissen können, welche Bereiche marktfähig sein werden, sollten wir uns als Politik mit planwirtschaftlichen Vorgaben und Bürokratie zurückhalten. Beim Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur muss zudem zwingend auf Entflechtung verzichtet werden. Eine gesellschaftsrechtliche Trennung der Netze hätte die Schaffung teurer Doppelstrukturen und Investitionshemmnisse zur Folge. Für viele Netzbetreiber würden die Investitionen für den Aufbau neuer und in die Umrüstung bestehender Netze wirtschaftlich unattraktiv und damit insgesamt der Aufbau der Wasserstoff-Infrastruktur verzögert.

In diesem Zusammenhang verweisen wir des Weiteren auf unser Papier „Jetzt einsteigen“ vom Frühjahr dieses Jahres.

➤ **Vorfahrt für CCU/CCS**

Die Emission von Treibhausgasen wird sich auch in einem klimaneutralen Land, etwa bei der Produktion von Zement, nicht vermeiden lassen. Gerade für diese Industriezweige ist die technische Möglichkeit, CO₂ abzuscheiden, weiterzuverarbeiten (Carbon Capture and Usage – CCU) oder dauerhaft zu lagern (Carbon Capture and Storage – CCS) für eine klimaneutrale Produktionsweise essentiell. Viele Studien zur Klimaneutralität gehen davon aus, dass Klimaneutralität ohne CCS und CCU nicht möglich ist. Weiter bietet sich beim Aufbau einer Wasserstoffpipeline-Infrastruktur die Chance, den Aufbau parallel verlaufender CCS- und auch Sauerstoff-Pipelines mitzudenken. Durch eine ganzheitliche Betrachtung der Verbindung von Wasserstoff-Zulieferung und CO₂-Abtransport entstehen enorme monetäre und zeitliche Vorteile. Klimaschutz wird nur gelingen, wenn wir die Technologie CCS / CCU in die Anwendung bringen. Unsere Unternehmen brauchen Planungssicherheit – deshalb ist höchste Eile geboten. Die Ampel in Berlin muss bei CCS/CCU endlich auf „grün“ schalten und die rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

➤ **Verkehrs-, Güter und Hafeninfrastruktur ertüchtigen!**

Neben der Pipelineinfrastruktur bei Wasserstoff und CCS müssen wir die Verkehrs- und Güterinfrastruktur schaffen und mitdenken. Schließlich kann der CO₂ Ausstoß durch die Verlagerung des Gütertransportes von der Straße auf die Schiene enorm reduziert werden. Dafür braucht es aber verlässliche und leistungsfähige Schienennetze, Güterterminals und Wasserstraßen. Auch die Straßennetze werden in den kommenden Jahren tendenziell mehr belastet, sodass wir beim Sanierungsstau auch hier ansetzen müssen. Überall gilt für uns daher: Verfahren beschleunigen, schnelle Planungen ermöglichen.

Sämtliche Vorhaben aus dem vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 müssen zügig umgesetzt werden. Dabei ist zu prüfen, welche Vorhaben als „überwiegendes nationales und öffentliches Interesse“ zu definieren sind.

Die deutschen See- und Binnenhäfen nehmen eine systemrelevante Funktion nicht nur für die exportgetriebene, deutsche Volkswirtschaft, sondern auch als Drehkreuze für die Energiewende ein – angefangen beim Umschlag von Komponenten für Offshore-Windenergieanlagen, über den Umschlag und die Weiterverarbeitung von Wasserstoff und dessen Derivaten bis hin zum CO₂-Umschlag. Dafür stehen in den nächsten zehn Jahren gewaltige Investitionen in Hafeninfrastrukturen an, die die betroffenen Länder allein nicht leisten können. Die wirtschaftspolitischen Sprecher erwarten im Zuge der Nationalen Hafenstrategie eine deutlich höhere Beteiligung des Bundes an der Finanzierung dieser Vorhaben von nationaler Bedeutung.

II. Strompreise runter: mehr Angebot und niedrigere Steuern

Die höchsten Strompreise in Europa und eine, wie der Stresstest gezeigt hat, nicht zu jedem Zeitpunkt gegebene Versorgungssicherheit stellen eine große Gefahr für die wirtschaftliche Prosperität dar. Eine Ausweitung des Stromangebots und der inländischen Stromproduktion ist zwingend erforderlich, um eine wirtschaftliche und soziale Schieflage in Deutschland zu vermeiden.

Die Abschaltung der Kernkraftwerke zum 15.04.2023 erweist sich mehr und mehr als schwerer Fehler. Wir fordern angesichts der schweren wirtschaftlichen Lage die vorübergehende Rückkehr der noch einsatzbereiten Kernkraftwerke in den Strommarkt, bis die Strompreise wieder sinken. Ebenso müssen die Rahmenbedingungen für den Aufbau Erneuerbarer Energien deutlich verbessert werden. Die Ampel-Parteien laufen ihren eigenen ambitionierten Ausbauzielen hinterher. Zu oft stehen Natur- und Artenschutz, lange Verfahren und Einspruchs- und Beteiligungsrechte im Wege.

Daneben fordern wir die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß und eine Senkung der Netzentgelte. Es muss jetzt über die Strompreis-Steuern des Bundes gegengesteuert werden. Mindestens jedoch muss der der Spitzenausgleich für energieintensive Unternehmen bei der Energie- und Stromsteuer, den die Ampel mit ihrem Haushaltsentwurf 2024 abschaffen will, erhalten bleiben. Des Weiteren fordern wir die Bundesregierung auf, eine Industriestrategie vorzulegen, die die Wettbewerbsfähigkeit für den gesamten Industriestandort verbessert (u.a. weniger Bürokratie; schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren; Senkung von Steuern und Abgaben). Für die energieintensive Industrie (auch die mittelständische Industrie) erwarten wir ein Konzept für wettbewerbsgerechte Strompreise.

Im Wärmebereich ist die tiefe Geothermie ein entscheidender Baustein, um das Energieangebot deutlich zu erhöhen. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, die im Koalitionsvertrag

angekündigte Fündigkeitsrisikoversicherung endlich umzusetzen und die Mittel der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze massiv aufzustocken und langfristig auszurichten, um insbesondere die komplexe und langwierige Transformation von Bestandsnetzen besser zu unterstützen.

III. Arbeits- und Fachkräfte – Arbeit muss sich lohnen

Wie schaffen, wie erhalten, wie sichern wir Wohlstand, wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen in unserem Land? Wie stärken wir diejenigen, die hier investieren? Wie schaffen wir Anreize für mehr Arbeit und mehr Leistung? Wir müssen über die Voraussetzungen für den Wohlstand unseres Landes diskutieren und eintreten.

Unser Wohlstand in Deutschland basiert auf Einsatz und Leistungsbereitschaft! Leistung muss sich lohnen. Wir brauchen in Staat und Gesellschaft ein neues Leitmotiv hierfür. Diskussionen über bedingungsloses Grundeinkommen, eine massive Erhöhung des Bürgergelds und immer weniger Arbeit führen nicht zu mehr, sondern zu weniger Wohlstand. Wohlstand fängt bei der Leistung des Einzelnen an. Wir halten am Prinzip des „Förderns und Forderns“ in der Arbeitsmarktpolitik fest: Wer eine zumutbare Arbeit nicht annimmt oder an angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen nicht teilnimmt, sollte dafür wieder sanktioniert werden können.

Bereits jetzt fehlen in Deutschland massiv Fach- und Arbeitskräfte. Arbeit und Leistung in Deutschland müssen sich wieder mehr lohnen. Deshalb treten wir für dafür ein, dass die Sozialabgaben wieder bei 40 Prozent gedeckelt werden müssen. Die Aufnahme von Vollzeitbeschäftigung soll durch die verlässliche Sicherung und den weiteren Ausbau des Kinderbetreuungsangebots bestärkt werden. Eine Absenkung des Elterngeldes lehnen wir als falsches Signal ebenso ab, wie die Forderung nach einer allgemeinen Viertage- bzw. 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Wir setzen zudem auf eine wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit im Rahmen flexibler Arbeitszeitmodelle - etwa auch mit Blick auf die Gastronomie. In Teilen unseres Landes hat sich der Eindruck verfestigt, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt. Für uns gilt: Eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung muss attraktiver sein als der Bezug von Sozialleistungen.

Es sollten finanzielle Anreize („Überbrückungsgeld“) für Umschulungen in Bereichen mit besonders hohem Arbeitskräftedefizit gesetzt werden. Die Vereinheitlichung der Gleichstellung ausländischer Abschlüsse mit deutschen Abschlüssen muss erfolgen. Dabei muss eine einheitliche Aussage über die Anerkennung des jeweiligen Ausbildungstyps nach Land und auch die Möglichkeit einer teilweisen Gleichstellung mit der Möglichkeit der vollständigen Gleichstellung nach einer Zusatzausbildung getroffen werden. Voraussetzung dafür ist eine vorherige Prüfung und Erfassung wenigstens der wichtigsten ausländischen Abschlüsse.

Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung sollten steuerlich begünstigt werden. Auch die Reaktivierung einsatzbereiter und geeigneter Rentnerinnen und Rentner muss schnell und unkompliziert ermöglicht werden. Auch Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die aufgrund der demografischen Entwicklung unausweichlich scheint, muss geprüft werden.

Die (Weiter-)Qualifizierung Geringqualifizierter muss gezielter und besser gefördert werden als bislang. Zugleich braucht es eine Offensive bei der Arbeitsmarktvermittlung von Geringqualifizierten, denn es gibt in Deutschland keinen Mangel an Nachfrage nach Arbeitskräften.

Ein weiterer Teil im Kampf gegen den Fachkräftemangel liegt in der Nutzung technologischen Fortschritts, insbesondere im Bereich der Digitalisierung und Automatisierung.

Ohne qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt werden wir unseren Fachkräftebedarf nicht lösen. Daher wollen wir eine vollständig digital arbeitende Bundesagentur für Einwanderung schaffen. In diesem Zuge muss die Anerkennung von Bildungsabschlüssen verbessert, Visa-Verfahren beschleunigt und das gesamte Verfahren digitalisiert werden. Wir wollen Jugendliche, die nach Deutschland kommen, schnell in die duale Ausbildung bringen, soweit sie nicht an einer Hochschule studieren. Hierfür müssen entsprechende Programme ausgestaltet werden.

Die Schulpläne müssen stärker darauf abgestimmt werden, Schülerinnen und Schüler fit für den Berufsalltag zu machen und dabei insbesondere auch Mädchen und Frauen in den MINT-Berufsfeldern und Handwerksberufen besonders zu fördern. Hierzu gehört die frühzeitige Vermittlung digitaler, aber auch handwerklicher Kompetenzen. Der Werkunterricht bzw. handwerkliche Gestaltung sollte an allgemeinbildenden Schulen ebenso gestärkt werden wie das Wissen um grundlegende Zusammenhänge unseres Wirtschaftssystems der sozialen Marktwirtschaft. Wir treten zudem für die Modernisierung der Verwaltungsausbildung ein. Nur wer jungen Menschen auch beibringt, wie man managt und nicht im Muster von vor 30 Jahren agiert, kann eine Verwaltung digitaler, bürgerfreundlicher, entscheidungsfreudiger werden. Umdenken beginnt im Kopf!

IV. Mobilität der Zukunft mit Technologiefreiheit gestalten – Das ideologische Verbrennerverbot muss weg!

Wir wollen auch künftig Weltmarktführer in der Automobilbranche bleiben. Für uns gilt: Technologiefreiheit auch bei der klimaneutralen Mobilität der Zukunft. Wir werden auch in den nächsten Jahrzehnten noch Verbrenner auf unseren Straßen haben. Aktuell gibt es in Deutschland noch weit über 40 Millionen PKWs, auf der Welt 1,4 Milliarden Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Wenn diese einen Beitrag zur Klimaneutralität leisten sollen, geht es nur über e-Fuels. Fakt ist nämlich auch: wenn die Beimischungsquote von Biokraftstoffen oder die Anrechenbarkeit von Wasserstoff in der Treibhausgasreduzierungsquote durch die EU und den Bund schon heute erhöht würde oder der Hochlauf von e-Fuels beschleunigt würde, könnte bereits JETZT schon eine deutliche CO₂-Reduktion im Individualverkehr erreicht werden. Auch Verbrennungsfahrzeuge, die im Markt sind, müssen Perspektive erhalten. Das Verbrennerverbot ist und bleibt der falsche Weg! Dass der „Havanna-Effekt“ eintritt, bei dem die Menschen anstelle neuer und teurer Autos anfangen, massenhaft Gebrauchtwagen zu kaufen, ist jetzt schon erkennbar.

V. Bürokratieabbau

In Zeiten von Krieg und Krisen und enormen Herausforderungen ist es der falsche Weg, mit zusätzlichen bürokratischen Herausforderungen – Stichworte Lieferkettengesetz, Arbeitszeitgesetz, Tariftreuegesetz, Hinweisgeberschutzgesetz – die Unternehmen weiter zu überfrachten. Wir sehen in überbordender Bürokratie ein riesiges Hemmnis für die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen. Das größte Entlastungsprogramm ist ein wirklicher Bürokratieabbau und ein klares Belastungsmoratorium.

Wenn wir uns nicht selbst befreien, ersticken wir jegliche Flexibilität und Spielräume. Beim Aufbau der LNG-Terminals in der Nordsee hat sich gezeigt: wo ein Wille, da ein Weg. Wir brauchen kürzere Beteiligungs- und Ausschlussfristen, eine Verkürzung des Instanzenwegs, schnellere Gerichtsverfahren, wo erforderlich Legalplanung und insgesamt mehr Tempo und mehr Bereitschaft alte Zöpfe abzuschneiden.

Daneben brauchen wir mehr Anstrengungen vom Bund und den Ländern für den Bau von industriellen und energetischen Anlagen von nationaler Bedeutung, wenn ein Zuwarten mit dem Baubeginn bis zum Abschluss von Klageverfahren nicht zumutbar ist. Wir plädieren deshalb für eine Einschränkung des Verbandsklagerecht für alle Genehmigungsverfahren.

Digitalisierung der Verwaltung heißt nicht, schon bisher verschachtelte und höchst komplizierte Abläufe zu erhalten und nur Papier durch Elektronik zu ersetzen. Wir müssen die Abläufe und Verfahren neu und einfacher denken. Automatisierung von Verwaltungsprozessen sowie der Einsatz von KI müssen noch mehr Unterstützung erfahren.

Ein Beispiel dafür bildet die Einführung der digitalen Bauakte, in der geforderte Dokumente oder Nachweise nur einmal hochgeladen werden müssen und dann auf diesem Wege allen am Verfahren beteiligten Behörden zur Verfügung gestellt werden. Die Behörden selbst sollen alle Dokumente im Zusammenhang mit dem Verfahren in die digitale Akte einstellen, sodass sämtliche Verfahrensbeteiligte darauf – mit unterschiedlich definierten Rechten – unmittelbar Zugriff darauf haben („Digitales Bauamt“).

Ein weiteres klassisches Beispiel ist die Genehmigung von Schwerlasttransporten., die nur schleppend von der Autobahn GmbH – Niederlassungen bearbeitet werden. Drei wesentliche Ursachen für die Probleme von Schwertransporten sind dabei erkennbar: Die Verkehrsinfrastruktur, die langen Genehmigungsverfahren und die oft unkoordinierten Baustellen. Eine Vereinfachung und Verknüpfung dieser Prozesse erscheinen durch Digitalisierung unbedingt notwendig, damit die Energiewende nicht in unstrukturierten Verwaltungshandeln scheitert. Hier gilt es zum Beispiel Schwertransporte, die mit den Einzelteilen der Windkraftanlagen beladen sind, über ein „digitales Verfahren“ zwischen den Verkehrs- und Genehmigungsbehörden auf Bundes- und Landesebene schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.

Der Bund muss nun endlich mit seinem angekündigten Bürokratieentlastungsgesetz liefern. Viel zu lange warten Wirtschaft, Bürger und Kommunen schon hierauf. Dies ist der Rahmen, damit die Länder, die für die Verwaltung ja zuständig sind, stringent handeln können.

VI. Auch in Zukunft gemeinsam Genuss und Kultur erleben: 7 Prozent MwSt. für die Gastronomie

Gastronomie gehört zu unserer Kultur, ist sozialer und gesellschaftlicher Faktor. Die Gastronomie muss auch in der gegenwärtigen Phase von hohen Inflationsraten für die Menschen bezahlbar bleiben. Die Union hatte sich bereits Anfang des Jahres mit einem eigenen Gesetzesentwurf im Bundestag für die unbefristete Verlängerung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf 7 Prozent ausgesprochen. Wir fordern die Bundesregierung auf, hier endlich im Interesse der Betriebe zu handeln und die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Fazit:

Unsere Industrie und der Mittelstand brauchen klare und verlässliche Rahmenbedingungen. Hoppla-Hopp und ideologische Symbolpolitik in der Klimapolitik müssen ein Ende haben. Stattdessen treten wir für eine tragfähige Strategie ein, um die Klimaneutralität erreichen zu können. Wir dürfen keinen Industriezweig politisch totmachen, nicht die Automobilindustrie, nicht die Stahl- und Chemieindustrie und nicht die Zementindustrie. Wer dies macht, vernichtet Arbeitsplätze und macht uns abhängig.

Jeder versteht unter „Transformation“ etwas Anderes. Wir wollen den Wandel menschlich und sozial gestalten, nicht ideologisch und technokratisch. Vor dem Wandel fürchten wir uns nicht. Den hat es immer gegeben. Entscheidend ist, dass wir unsere Talente richtig einsetzen, um im Sinne der Menschen und deren Bedürfnissen zu gestalten und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft sicherstellen.

Für die Wirtschaftspolitiker der CDU/CSU-Fraktionen im Bund und den Ländern ist klar: Deutschland kann mehr. Wir sind die Parteien mit kluger Wirtschaftskompetenz. Wir bringen geschlossen PS auf die Straße und zeigen den Geisterfahrern der Ampel in Berlin, wie man gute Wirtschaftspolitik für unser Land macht. Wir wollen ermöglichen und anpacken; wir wollen die Chance sehen, nicht die Risiken leben.

Wirtschaftspolitik gelingt nur mit den Unternehmen und nicht gegen sie. Es geht darum, gemeinsam die gegenwärtigen Krisen und den an Tempo zunehmenden Strukturwandel zu meistern. Deshalb brauchen wir niedrigere Steuern, weniger Bürokratie, schnellere Verfahren und Genehmigungen und günstigere Energie – Mehr Mut zum Machen und einen Aufbruch für den Standort Deutschland, das ist es, was wir JETZT brauchen.